2,8 Milliarden Euro *sollte der Großflughafen ursprünglich kosten.*

Über das Jahr 2013 hinaus werden sich die Gesamtkosten voraussichtlich auf ***4,277 Milliarden Euro*** *belaufen.*

Über ***118 Millionen Euro*** *werden für den längeren Betrieb in Tegel und Schönefeld bis zum geplanten BER-Start angenommen.*

Bislang sind ***276 Millionen Euro*** *für Mehrkosten beim Bau entstanden.*

5 Millionen *werden für schon feststehende Vertragsstrafen fällig.*

591 Millionen Euro *sind für erweiterten Lärmschutz nötig.*

Nach über 20 Jahren „Erfolgsgeschichte“ Berliner Flughafen ***1.000.000 Aktenseiten*** *zum Flughafendebakel in der Senatskanzlei.*



Besuchen Sie uns unter:
https://ber.piratenfraktion-berlin.de

IHR ANSPRECHPARTNER



MARTIN DELIUS
geboren 1984 in Halle (Saale) • Softwareentwickler

mdelius@piratenfraktion-berlin.de
twitter.com/martindelius
www.martindelius.de
+49 (0) 30 23 25 26 11
+49 (0) 163 630 78 92



KONTAKT

Wir freuen uns über Ihr Interesse an unserer Arbeit.
Sie erreichen die Fraktion unter:

Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Adresse:
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin

Web:
www.piratenfraktion-berlin.de

E-Mail:
uber@piratenfraktion-berlin.de

Telefon:
+49 (0) 30 23 25 26 11

#UBER



Von der Erfolgsgeschichte zum ProblemBER

PIRATENFRAKTION
im Abgeordnetenhaus von Berlin

Das BER-Desaster ist neben dem Berliner Bankenskandal eine der größten Fehlleistungen im Zusammenspiel zwischen Politik und Privatwirtschaft seit der Wiedervereinigung. Abgesehen von den bisher 1,2 Milliarden € Mehrkosten (444 Millionen € für Berlin), machen sich die Regierungen von Berlin und Brandenburg deutschlandweit und international zum politischen Gespött.

AUS DEN FEHLERN DER VERGANGENHEIT FÜR DIE ZUKUNFT LERNEN

Der Flughafen BER blickt auf eine mittlerweile 20jährige Misserfolgsgeschichte zurück. Der 2012 eingesetzte Untersuchungsausschuss arbeitet diese auf. Die über 1 Million Aktenseiten bieten die Grundlage der Zeugenvernehmungen und Beweisanträge.

Die ersten wichtigen neuen Erkenntnisse und Fragen für die Piratenfraktion sind:

• Im Jahr 1995 sprachen sich der Berliner Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen und der Brandenburger Ministerpräsident Manfred Stolpe nachweisbar für einen Flughafenstandort Sperenberg aus. Wie es 1996 - mit der Unterzeichnung des sog. Konsensbeschlusses - zu dem Umschwung auf den Standort Schönefeld kam, ist eine der Hauptfragen, die vom Ausschuss noch zu klären ist.

• Schon 1995 wurde in internen Vermerken der Berliner Senatskanzlei vor einer möglichen Kostensteigerung beim Bau eines Großflughafens gewarnt. Von einer Verdoppelung bis Vervierfachung der Kosten war damals die Rede.

• Von Fachleuten der Senatskanzlei wurde ebenfalls schon



1995 auf einen stufenweisen Ausbau des bestehenden Flughafens Schönefeld gedrängt. Dies sei vor dem Hintergrund der Kostenfrage eine vernünftigere Lösung, als ein neuer Großflughafen. Ernst genommen wurden diese Vorschläge von den Regierenden nicht.

• Im Zuge der Grobplanung der Flugrouten für den neuen Großflughafen wies die Deutsche Flugsicherung mehrmals darauf hin, dass die Routen bei einer vollen Kapazitätsausnutzung nicht gerade verlaufen können, sondern abknicken und andere Gebiete überfliegen müssten. Bis 2010 wurde der Bevölkerung von Senat, Staatskanzlei und Flughafengesellschaft weisgemacht, der BER käme mit geraden Flugrouten aus.

Ziel: Die Piraten erhoffen sich von der Aufarbeitung des BER-Debakels im Untersuchungsausschuss aus den Missständen, Fehlern und Abläufen der Vergangenheit und Gegenwart klare Schlüsse ziehen zu können und Handlungsempfehlungen zu entwickeln, wie in Zukunft mit Großprojekten umgegangen werden soll.





NEUTRAL UND UNVERBRAUCHT

Schon kurz nach Bekanntwerden der geplatzten Eröffnung des BER und der dadurch entstehenden Mehrkosten hat sich die Piratenfraktion an die Aufarbeitung des Desasters gemacht und einen Untersuchungsausschuss vorbereitet. Der Ausschuss wurde vom Abgeordnetenhaus am 27. September 2012 eingesetzt. Zu seinem Vorsitzenden wurde Martin Delius einstimmig gewählt.

Als einzige Fraktion können die Piraten unbefangen und frei von politischem Kalkül an die Aufarbeitung des BER-Desasters herangehen. Im Gegensatz zu allen anderen Parteien waren wir nicht in die politischen Entscheidungen zum Flughafen und zu seinem Standort involviert.



IHRE MEINUNG IST UNS WICHTIG

Bereits im Vorfeld des Untersuchungsausschusses haben wir viele Briefe, E-Mails und anonyme Nachrichten erhalten, die uns Hinweise auf besonders wichtige und brisante Themen gegeben haben. Zusammen mit Bürgerinitiativen, Parteimitgliedern und anderen Interessierten ist es uns gelungen, einen umfangreichen Fragenkatalog federführend zu erarbeiten. Zum Zuge kam dabei auch unser parteiinternes Willensbildungssystem LiquidFeedback, bei dem alle Pirat_innen über einzelne Fragen abstimmen konnten.

Auch während der Arbeit des Untersuchungsausschusses bieten wie Bürger_innen die Möglichkeit sich aktiv an der Aufarbeitung zu beteiligen. Hierzu starteten wir im Januar 2013 mit der BER-Watch-Seite, einer neuen Dokumentations- und Beteiligungsplattform, ein bisher nie dagewesenes Pilotprojekt und bieten den Bürger_innen die Möglichkeit, Fragen zu stellen, Kommentare zu veröffentlichen, Dokumente zu schreiben, einzelne Dokumentenstellen in Beziehung zu setzen und uns anonym Informationen zukommen zu lassen. Die Ergebnisse dieser Plattformarbeit bringen wir wiederum in den laufenden Prozess des Untersuchungsausschusses ein.